

Poller sollen Einfahrt in die Fußgängerzone versperren

Für die Planung stellt der Finanzausschuss Geld im Haushaltsplan 2019 bereit

LINDAU (dik) - Spätestens in zwei Jahren sollen versenkbare Poller die Zufahrt zur Fußgängerzone versperren. Der Finanzausschuss hat Geld in den Haushaltsplan eingestellt, damit die Verwaltung auf Grundlage des Antrags der Freien Wähler im kommenden Jahr gründlich planen kann.

Die Freien Wähler hatten zu dem Thema vor einem Jahr eine Veranstaltung gemacht und mit interessierten Insulanern den Vorschlag diskutiert. Jetzt haben die Stadträte Werner Schönberger, Andreas Reich und Miriam Krätschell den Antrag gestellt, dafür eine Viertelmillion Euro in den Haushalt einzustellen. „Die Stadt Lindau installiert in der

Fußgängerzone des Altstadt-kerns an geeigneten Stellen versenkbare Anti-Terror-Sperrpoller zur Absicherung der Fußgängerzone und des Hafens“, heißt es in dem Antrag wörtlich.

Die Freien Wähler begründen das damit, dass Lieferlaster und Paketdienste seit Jahren die Lieferzeiten der Fußgängerzone missachteten. Auch Lindauer und Gäste würden mit verschiedenen Begründungen rund um die Uhr in gesperrte Bereiche einfahren. „Es kommt immer wieder zu kritischen Ereignissen zwischen Fußgängern und Kraftfahrzeugen.“ Poller sollen im Boden versinken und die Einfahrt zu den Lieferzeiten ermöglichen. Den Rest des

Tages über sollen sie aber den Verkehr in der Fußgängerzone unterbinden.

Zwar hat noch kein Ausschuss den FW-Antrag beraten und beschlossen. Doch OB Gerhard Ecker und die Verwaltung heißen das Ansinnen grundsätzlich gut und schlagen deshalb vor, im kommenden Jahr zumindest Geld für die Planung einzustellen. Deshalb stehen 50 000 Euro bereit. Mehr sei wegen dringender anderer Projekte vorerst nicht drin. Aber im Jahr darauf soll es dann mehr Geld geben, um die Poller aufzustellen. Und vielleicht reicht es sogar, um zumindest eine Einfahrt bereits im kommenden Jahr zu versperren und dort auch erste Erfahrungen zu machen.

Dabei legen die Stadträte allerdings Wert darauf, die Einfahrt in die Fußgängerzone wirklich ganz zu versperren und nicht nur durch Umfahrungen schwerer zu machen, wie es die Verwaltung offenbar überlegt. Mathias Hotz (JA) machte deutlich, dass es vor allem um das Aussperren der verbotenen Fahrzeuge gehe, die sich von umfahrbaren Hindernissen nicht aufhalten lassen.

Während Jürgen Müller (LI) andere Projekte wie den Straßenbau oder Radwege für wichtiger hält, sprach sich die Mehrheit für den vorgeschlagenen Weg aus, fasste der OB zusammen: „Der Wille der Fraktionen ist es, das unkontrollierte Einfahren zu unterbinden.“



Ein System von festen Absperrposten und versenkbaren Pollern haben die Freien Wähler vor einem Jahr als Abriegelung der Fußgängerzone vor unerwünschtem Autoverkehr vorgeschlagen.

1105st4_27_Nov_SV

ARCHIVPLAN: FREIE WÄHLER